

SPIEGEL-AFFÄRE

„Dummheiten des Staates“

Vor 40 Jahren marschierte die Staatsmacht in die SPIEGEL-Zentrale ein. Herausgeber Rudolf Augstein und weitere angebliche Vaterlandsverräter wurden inhaftiert. Die Aufklärung des Skandals kostete den damaligen Verteidigungsminister Strauß das Amt – und demokratisierte die Republik.

Das Land hieß Bundesrepublik Deutschland, alle vier Jahre stimmten die Bürger in freier und geheimer Wahl über ihre Regierung ab, sie fanden die Steuern zu hoch und die Löhne zu niedrig, und viele fürchteten sich, wenn sie darüber nachdachten, vor einem neuen Krieg.

Ein Land, damals im Jahr 1962, fast wie das Deutschland von heute. Aber es war eine andere Welt.

Im Osten stand der Feind, mit dem man zwar eng verwandt war, der aber zusammen mit dem großen Bruder Sowjetunion die kommunistische Weltherrschaft anstrebte und sich DDR nannte. Im Jahr zuvor hatten Grenzer dieses Regimes in Berlin die Mauer hochgezogen, das eindringlichste Symbol des Kalten Krieges, das reales Leid über unzählige Familien brachte.

Es war eine ziemlich enge Welt voller Risiken, in der die Westdeutschen zwar schon

wieder einigen Wohlstand erlangt hatten, in der es aber alles in allem geraten schien, politisch auf Nummer sicher zu gehen und den Staat machen zu lassen.

Und dann fiel diesem Staat etwas ein, was er noch nie gemacht hatte. Etwas, das damals möglich war und heute völlig unvorstellbar wäre: Er überfiel eine Redaktion und versuchte so, eine kritische Stimme nicht nur einzuschüchtern oder eine Weile stumm zu stellen, sondern die Publikation mitsamt dem dahinter stehenden Verlag möglichst auf immer platt zu machen.

Polizei und Justiz im Sturmschritt, dubiose Verhaftungen – Aktionen wie die gegen den SPIEGEL glaubten die Deutschen gerade erst überwunden. Und sie hatten nun wirklich an einer Neuauflage kein Interesse. Ein Autor der „Frankfurter Allgemeinen“ schrieb über den Angriff auf die Hamburger Kollegen: „Es ist eindringlich, wenn man in einer Freitag-

nacht um ein Uhr von einem Unbekannten angerufen wird, der in abgerissenen Sätzen in höchster Erregung von der großen Polizeiaktion gegen das Nachrichten-Magazin berichtet, um den Journalisten mit der Frage zu bestürmen, ob es nun an der Zeit sei auszuwandern, wie es 1933 Zeit gewesen sei.“

So manifestierte sich der Obrigkeitsstaat des greisen Kanzlers Konrad Adenauer in einer Weise, die an die dunkelste deutsche Epoche erinnerte, und tatsächlich hatten etliche der Antreiber und Handlanger ihre Paragrafen und ihren Kommandoton als stramme Gefolgsleute Adolf Hitlers erlernt.

Nur die Leute, die Leser, die Beobachter, machten nicht mehr mit. Sie stellten Fragen, protestierten, demonstrierten – neue schrille Töne in einer sonst recht braven Nachkriegsgesellschaft, die froh war, aus dem Größten heraus zu sein. So wurde der aberwitzige Angriff der Staatsmacht



Häftling Augstein*: Aberwitziger Angriff der Staatsmacht auf



Der Ermittlungsrichter
des Bundesgerichtshofs

a.St. Bad Godesberg, den 23.10.1962

5 Bda 469/62

Haftbefehl

Der
Verlagsleiter Rudolf Augstein, Hamburg 1, Speersort 1,
ist zur Untersuchungshaft zu bringen.

Er ist dringend verdächtig,
am 8. Oktober 1962 in Hamburg und an anderen Orten der Bundesrepublik
Staatsgeheimnisse verraten zu haben.

- Verbrechen nach § 100 Abs. 1 StGB -

Der Beschuldigte ist Herausgeber des Nachrichtsmagazins "Der Spiegel".
Mit seinem Wissen und Willen sind in der am 8. Oktober 1962 ausgelieferten
Ausgabe "Der Spiegel" (Nr. 33/62)

HEINZ ENGELS

Kanzler Adenauer, Verteidigungsminister Strauß*, Haftbefehl gegen Augstein: Solche Aktionen glaubten die Deutschen überwunden

auf die Pressefreiheit zu einem Kristallisationspunkt von historischem Rang. Der Obrigkeitsstaat dankte ab, die autokratische, von Kirchen, Vertriebenenorganisationen und vielen alten Nazis dominierte Republik wandelte sich langsam zu einer lebendigen Demokratie, in der die Bürger lernten, ihre Rechte auch wahrzunehmen.

17 Jahre nach Kriegsende gab es genügend selbstbewusste junge Leute, die das Dritte Reich unter ihre fernen Kindheits-erinnerungen einsortieren konnten, die sich für den jugendlichen US-Präsidenten John F. Kennedy begeisterten und lieber die Beatles hörten als Gerhard Wendland oder Conny Froboess. Umso unbefange-

ner traten immer mehr von ihnen der Generation der Väter und Täter entgegen, auch wenn es bis zur großen Abrechnung noch einige Jahre dauern sollte.

Die verkrustete Gesellschaft des Wiederaufbaus riskierte kritische Blicke in die eigene Vergangenheit und hoffte auf eine freiere Zukunft. „In der westdeutschen Öffentlichkeit verbreitete sich zusehends ein Klima der Reformbereitschaft“, schreibt der Hamburger Zeithistoriker Axel Schildt über den Beginn der sechziger Jahre.

Doch ohne die eher volksfernen Machtspiele der Bonner Politik wäre es wohl dennoch nicht zum großen Knall gekommen. Es war die FDP, die ihre fünf Minister aus Adenauers Regierungsmannschaft zurückzog, weil einer davon, der Mann für die Justiz, beim wilden Ritt gegen den SPIEGEL auf das Peinlichste düpiert worden war.

Am Ende ging, wie in frommen Märchen, alles gut aus für das Land und seine Journalisten. Doch während die zunächst geheime, dann mit aller Macht aufgeführte Staatsaktion auf dem Spielplan der noch etwas wackeligen Republik stand, war das keineswegs so klar.

Kriminaloberkommissar Karl Schütz trug gedecktes Zivill und festes Schuhwerk. Hinter ihm marschierten, in der Formation des „offenen Eberkeils“, sieben Männer, die ihre Pistolen unsichtbar im Schulterhalfter tragen durften. Letzter der schweigsamen Eingreiftruppe war Kriminalobermeister Gerhard Boeden.

Der Portier des Hamburger Pressehauses am Speersort hatte keine Chance gegen die rabiaten acht. „Kommen Sie etwa aus St. Pauli?“, scherzte er auf Hanseatisch. Keine Antwort. Für die Eindringlinge war der Pförtner Luft. „Wo wollen Sie denn hin?“ Als alle Männer im Fahrstuhl Platz gefunden hatten, drehte sich einer ganz langsam um und erteilte lapidar Auskunft: „Das geht Sie gar nichts an.“

* Oben: beim Großen Zapfenstreich anlässlich der Verabschiedung von Strauß am 19. Dezember 1962 in Bonn; links: beim Gang ins Hamburger Untersuchungsgefängnis (1.) und bei seiner Festnahme (2. v. r.) am 27. Oktober 1962.



GROSSIR

die Pressefreiheit

Die Herren waren, am 26. Oktober 1962 um 21 Uhr, im Dienst. Sie gingen ihrem Gewerbe nach – dem Schutz des deutschen Staates.

In dieser regnerischen Freitagnacht hatten sich die Männer von der „Sicherungsgruppe Bonn“ aufgemacht, um in Hamburg ein paar Landesverräter festzunehmen. Bei der Gelegenheit wollten sie zugleich die Beweise sichern, und das hieß: Büros und Wohnungen durchsuchen, Akten und Kinderbetten, Hosentaschen, Bilderbücher. Nicht zu vergessen: verdächtige Gegenstände sofort beschlagnahmen, zum Beispiel die Schreibmaschinen und jeden zweideutigen Text. Schließlich hatten die Journalisten in einer Titelseite („Bedingt abwehrbereit“) reihenweise höchste militärische Geheimnisse ausgeplaudert, so die feste Gewissheit, da konnte ja noch mehr sein.

Im sechsten Stock des Pressehauses, vor einer Tür mit der Aufschrift „DER SPIEGEL“, geriet die Offensive erstmalig ins Stocken. „Wo ist Augstein?“, lautete die Frage. Die Antwort, ganz schlicht: „Nicht mehr im Hause.“ Rudolf Augstein, der Herausgeber des Blattes, hatte sein Büro früher als üblich verlassen.

Was nun? So viel wussten Schütz und Konsorten, dass der Staatsschützer beim ersten „Zugriff“ niemals Tempo rausnehmen darf. Statt sich melden zu lassen, stürmten sie deshalb in das Zimmer des Chefredakteurs Claus Jacobi. Gegen den hatten sie auch einen Verdacht, außerdem wollten sie ihm eine Überraschung präsentieren: Alle noch anwesenden SPIEGEL-Mitarbeiter müssten sofort den Betrieb räumen. Jawohl: sofort, die Räume würden versiegelt. Jawohl: alle.

Doch die forschenden Beamten hatten ein paar Kleinigkeiten nicht bedacht oder falsch beurteilt. Der SPIEGEL besaß 117 Zimmer auf sieben Etagen, dort werkten noch zwei Dutzend Mitarbeiter an der neuesten Ausgabe, deren Druck in der Nacht beginnen sollte. Außerdem wollten die sich nicht von nur acht Staatsschützern an die Luft setzen lassen. Es folgten: pas-

siver Widerstand, Protest, Konfusion.

Die Sache drohte zu eskalieren. Nach ein paar Minuten bestellte Oberkommissar Schütz über Funk drei Überfallkommandos der Hamburger Polizei, zwecks Amtshilfe. Ein Überfallkommando heißt so, weil es durch Stärke und Schnelligkeit den Widerstand von Delinquenten bricht.

In dieser Nacht aber ist es erstmal umgekehrt. Die herbeigerufenen Polizisten wollen partout nicht den SPIEGEL überfallen. Erst nach „energischen Aufforderungen“ und lautstarken Wortgefechten dringt Einsatzleiter Schütz durch. Die Amtshandlungen gewinnen an Schwung, als noch 20 Kripo-Beamte auftauchen – und vor allem der Erste Staatsanwalt Siegfried Buback von der Bundesanwaltschaft Karlsruhe.

Der ist ein Mann der Tat, er übernimmt das Kommando. Staatsschutz ist sein Leben. In Karlsruhe arbeitet Buback von Anfang an in der Abteilung Landesverrat. Der Beruf treibt ihn durch die Republik. Die Polizeiattacke bei Nacht, darin ist er sich mit seinen bewährten Helfern von der Sicherungsgruppe Bonn einig, legt den Vaterlandsverrättern ruck, zuck das Handwerk. Die Höchststrafe liegt bei 15 Jahren Zuchthaus. Nur ein paar Beweise wären nicht schlecht.

Aber welche? „Geheim“ oder gar „Streng geheim“ gestempelte Regierungsdokumente? Eine „Zielkartei“ der Nato? Kyrillische Buchstaben? Quittungen für Bestechungsgeld? Oder gilt die alte perfide Staatsschutzregel: „Die Täter haben wir, die Tat wird sich finden“?

Die Nacht-und-Nebel-Aktion, so wird später Richard Schmid urteilen, der Präsident des Oberlandesgerichts Stuttgart, sei eine gefährliche und lächerliche Posse gewesen, in der sich Machtanmaßungen und Unverfrorenheit gepaart hätten mit „Dummheiten, Blamagen und Verlegenheiten des Staates und der Justiz“.

Natürlich hatten die meisten der Juristen und Polizisten, die in Hamburg und fernab im Hintergrund den Schlag gegen Augsteins Magazin ausführten, ihre prägenden Berufserfahrungen schon während der Nazi-Zeit erlebt. In allen Sparten stützte sich die junge westdeutsche Republik nach 1949 auf zahlreiche Mitläufer und einige Funktionsträger des alten Regimes – sie saßen in der Politik wie in den Behörden, in Kirchen und Verbänden wie in vielen Medien (auch im SPIEGEL).

Den polizeilichen „Meldekopf“ in Bonn leitete während der Einsatznacht Theo Saevecke, ehemaliger SS-Hauptsturmführer.



Besetzung der SPIEGEL-Zentrale: „Kommen Sie aus St. Pauli?“

Saevecke stand dem berüchtigten Sicherheitsdienst im okkupierten Mailand vor und ordnete im August 1944 die Liquidierung von 15 Geiseln auf offener Straße an; ein italienisches Militärgericht verurteilte ihn 54 Jahre nach Kriegsende zu lebenslanger Haft – in Abwesenheit.

Staatsanwalt Buback (er hatte von 1938 an in Leipzig als Jurastudent gelernt, was Landes- und was Hochverrat sei, und war seit 1940 NSDAP-Mitglied) wurde unterstützt und angespornt von den Karlsruher Kollegen Albin Kuhn (während des Krieges Staatsanwalt am „Sondergericht“ Würzburg) und Walter Wagner (früher Oberstaatsanwalt bei einem „Sondergericht“ im besetzten Posen; Hitlers Reichsstatthalter lobte ihn als tatkräftig, zielsicher und „überzeugten Nationalsozialisten“). Bereitwillig folgten die Strafverfolger, etwas abseits ihrer Amtswege, den Anweisungen eines weiteren alten NS-Kaders, des Staatssekretärs im Verteidigungsministerium Volkmar Hopf. Der Jurist, ein beflissener Helfer seines Herrn Franz Josef Strauß, war schon 1933 in die NSDAP eingetreten, in der besetzten Tschechoslowakei fungierte er als Oberlandrat. Die SS beurteilte ihn als „politisch gefestigt“.

Hopf sorgte dafür, dass alle Stellen, die womöglich in letzter Minute den Angreifern hätten dazwischenfunken können, ausgeschaltet wurden. Die örtliche Polizei zum Beispiel sollten die Ermittler von dem bevorstehenden Einsatz lieber nicht unterrichten. Auch den Bundesnachrichtendienst (BND), dem in dieser Beziehung nicht zu

trauen sei, lasse man besser beiseite. Den Einwand der Bundesanwälte, sie müssten wohl wenigstens ihren eigenen Minister informieren, wischte Hopf hinweg: Keine Sorge, das werde er selbst übernehmen.

Das war nur leider nicht die Wahrheit, wie so vieles in dieser Staatsaktion. Beim Justizminister Wolfgang Stammberger (FDP) waren rechtliche und politische Bedenken gegen den geplanten Coup in Hamburg keinesfalls auszuschließen. Deshalb sorgten Hopf und Strauß dafür, dass der fachlich zuständige Mann nichts erfuhr.

Strauß berief sich später auf eine Weisung des Kanzlers, der verfügt habe, Justizminister Stammberger sei aus der SPIEGEL-Aktion bis zu ihrem Beginn herauszuhalten.

Aber da – im November 1962 – ist die Regierung schon geplutzt und der Bundeswehrchef ein Minister auf Abruf. Die FDP („Strauß muss weg“) will sonst nicht mehr mitregieren. Aus der Attacke auf das Nachrichtenmagazin wird innerhalb kürzerer

Zeit die SPIEGEL-Affäre, die sich zu einem Skandal ohne Beispiel auswächst. Noch nie hatte es die Besetzung und staatliche Drangsalierung eines gesamten Redaktions- und Verlagsapparats gegeben. Die junge Republik gerät in Aufruhr, zum ersten Mal seit ihrer Gründung.

Es sollte eigentlich der finale Schlag gegen ein kritisches und freches Blatt sein, und der war aus Sicht zweier hoher Herren in Bonn reiflich verdient. Der Bundeskanzler und sein Verteidigungsminister hatten mit dem SPIEGEL manche Rechnung offen.

Der inzwischen 86 Jahre alte Adenauer, seit 1949 westdeutscher Kanzler, ärgerte sich von Anbeginn über die wöchentlichen

Es sollte der finale Schlag gegen ein kritisches und freches Blatt sein – und der war aus Sicht von Strauß und Adenauer hochverdient.

Schilderungen seines rheinischen Staatswesens und, schlimmer noch, über die grundsätzliche Kritik des SPIEGEL-Herausgebers Augstein – Adenauers Deutschland sei in Wahrheit nur eine „katholische Kanzler-Demokratie“ und die Wiedervereinigung nur noch ein Lippenbekenntnis. Wegen solcher Anwürfe nannte Adenauer das Magazin gern „das Schmutzblatt“.

Der vitale Bayer Strauß, Jahrgang 1915, Metzgerssohn aus München, wollte ei-

„Bedingt abwehrbereit“

Die SPIEGEL-Titelgeschichte über „Fallex 62“ erregte den Zorn der Adenauer-Regierung.

Die Krise zwischen Ost und West spitzt sich zwei Wochen lang zu – dann werfen die Russen die erste Atombombe. Bricht Panik aus? Verstopfen viele Millionen Flüchtlinge die Straßen? Wie kann

Note, die Nato-Streitkräften erteilt werden konnte. Die beste hieß: „Zum Angriff voll geeignet“.

Die Manöverkritik, im SPIEGEL-Titel 41/1962 ausführlich belegt und durch nun freigegebene Akten der Bundeswehr bestätigt, traf den Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß hart. Der CSU-Vorsitzende, der nach dem Kanzleramt strebte, trug schließlich, wie in der Titelgeschichte zu lesen stand, „nach fast sieben Jahren deutscher Wiederbewaffnung und nach sechs Jahren Amtsführung“ die Verantwortung für das Desaster.

Auch im Bündnis waren die Deutschen bloßgestellt. Ausgerechnet die Kalten Krieger aus Bonn, seit langem Scharfmacher in der Nato, insbesondere nach dem Mauerbau 1961, hatten ihren Worten keine

Taten folgen lassen. Und dieses nicht zum ersten Mal.

Mehrfach hatte Kanzler Konrad Adenauer den Verbündeten versprochen, eine schlagkräftige Truppe am Rhein aufzubauen, zunächst mit 500 000 Soldaten in drei Jahren, dann doch lieber nur mit 360 000 Mann in insgesamt fünf Jahren – auch das gelang nur mit Mühe.

Wie ernst die Ergebnisse von „Fallex 62“ zu nehmen waren, zeigte sich Wochen später während der Kuba-Krise Ende Oktober, als die Bundeswehr ernsthaft einen Angriff fürchtete – und feststellen musste: Sie hätte die Bonner Republik nur „wenige Tage“ verteidigen können.

Schon vor der SPIEGEL-Affäre sorgte der desolate Zustand der deutschen Truppen für Reibereien mit Washing-

ton. US-Präsident John F. Kennedy wollte im Fall eines sowjetischen Angriffs nicht vor der schrecklichen Wahl stehen, entweder Europa preiszugeben oder Atomwaffen einsetzen zu müssen – und damit den Kreml zu einem Atomschlag gegen die USA herauszufordern. Deshalb sollten die Deutschen konventionell aufrüsten.

Doch Minister Strauß hatte andere Pläne und wurde darin rückhaltlos unterstützt von Bundeswehr-Generalinspekteur Friedrich Foertsch, einem Vier-Sterne-General, der schon dem Kaiser und später Adolf Hitler ewige Treue geschworen hatte.

Atomwaffen sollten kompensieren, was Strauß und Foertsch an Männern fehlte. Kernsätze des ehemaligen Oberleutnants Strauß:

- ▶ „Eine Atombombe ist so viel wert wie eine Brigade und außerdem viel billiger.“
- ▶ „„Davy Crockett“ ist eine Gefechtsfeld-Atomwaffe von ganz kurzer Reichweite und begrenzter Wirkung. Ein einziger Schuss ist gleichbedeutend mit etwa 40 bis 50 Salven einer gesamten Divisions-Artillerie.“

Aber weder der französische Präsident Charles de Gaulle noch dessen US-Kollegen wollten ihre Verfügungsgewalt über die ultimativen Vernichtungswaffen mit den Deutschen teilen.

Selbst den Atom-Granatwerfer „Davy Crockett“ (benannt nach einem US-Volkshelden) bekam Strauß nicht. Der hätte im Ernstfall auch wenig geändert. Im Schlussabsatz des SPIEGEL-Titels wird das Ergebnis von „Fallex 62“ mitgeteilt: „Mit Raketen an Stelle von Brigaden und mit Atom-Granatwerfern an Stelle von Soldaten ist

eine Vorwärtsverteidigung der Bundeswehr nicht möglich, eine wirksame Abschreckung bleibt fraglich.“

Und auch das wird den SPIEGEL-Lesern nicht verheimlicht: Während der Großübung starben im atomaren Feuer allein bis zu 15 Millionen Westdeutsche.



US-Soldaten, Atom-Granatwerfer „Davy Crockett“
„Wirksame Abschreckung fraglich“

die Bundeswehr dennoch weiterkämpfen?

Antworten auf diese Fragen wollten die deutschen Stellen gemeinsam mit den Verbündeten bei dem großen Nato-Manöver „Fallex 62“ im September 1962 finden.

Das Manöver wurde tagelang im Saal durchexerziert, unter Teilnahme vieler Generäle und etlicher Bonner Politiker, von denen ein Minister den Bundeskanzler spielte. Das Ergebnis war desaströs. Das Sanitätswesen wäre im Ernstfall sofort zusammengebrochen, die Lebensmittelversorgung ebenfalls. Es fehlte an Waffen, Gerät, Soldaten.

Die zivilen Ministerien und Länderbehörden stellten schließlich ihre Mitarbeit an der Großübung ein, „eine Teilnahme der zivilen Seite unter den geschilderten Bedingungen“ sei, heißt es in einem als geheim klassifizierten Erfahrungsbericht der Bundeswehr, „wenig sinnvoll“.

Die deutsche Truppe erhielt von der Nato die Zensur „Zur Abwehr bedingt geeignet“ – seinerzeit die schlechteste

SPIEGEL-Titel 41/1962



Verhafteter SPIEGEL-Redakteur Ahlers*, Interpol-Haftbefehl

„Etwas außerhalb der Legalität“

gentlich gern Reichswehroffizier werden. Er studierte dann lieber Geschichte und alte Sprachen für das höhere Lehramt, brachte es im Zweiten Weltkrieg zum Oberleutnant bei der Flak und danach – weil Bayer, Katholik und Nicht-Nazi – in atemberaubendem Tempo zum Generalsekretär der CSU (1948), Abgeordneten in Bonn (1949), Minister für Sonderaufgaben (1953), Atomminister (1955) und Verteidigungsminister (1956). Sein Lebensziel: Bundeskanzler.

Keiner, urteilt Augstein rückblickend, habe „so dampfwalzenhaft nach der höchsten Macht gestrebt“ – und „keiner sich dabei so blockierend im Weg gestanden“ (siehe Interview Seite 90).

Das Münchner Mannsbild – privat oft charmant, gesegnet mit großem Durst und heißem Hunger, den Frauen und der Sinnlichkeit des baren Geldes zugetan – konnte und wollte die demokratischen Spielregeln nicht immer einhalten. Skandale säumten seinen Weg, und meist war es der SPIEGEL, der sie ans Licht brachte. Es ging um Korruption, Amtsmissbrauch, diskrete Geschäfte, manchmal aber auch nur um Geschäftshuberei und Folklore.

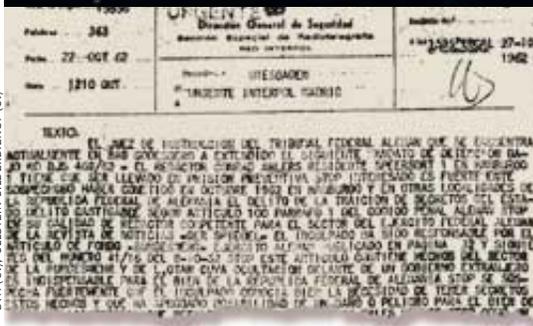
Die immer auch unterhaltsame Kontroverse SPIEGEL gegen Strauß erreichte eine neue Qualität, als der Politiker für die Bundeswehr Atomwaffen anschaffen wollte. Es herrschte Kalter Krieg, am „Eisernen Vorhang“ quer durch Europa standen sich die hochgerüsteten Armeen des Ostblocks und der Nato gegenüber. Krieg oder Frieden, das war oder schien in jenen Zeiten eine Frage kürzester Vorwarnzeiten, dummer Zufälle, belastbarer Nerven – und der richtigen A-Waffen-Strategie.

Dieses fürchterliche Kriegsgerät – Strauß hielt es für das Nonplusultra – stand im Mittelpunkt endloser Diskussionen. Man übte, in Ost und West gleichermaßen, wie man im Falle eines Falles die unterschiedlichen nuklearen Kaliber einsetzen werde: als große oder kleine Bombe, Rakete, Mine oder Artilleriegeschoss.

Dem eingefleischten Zivilisten Adenauer war der Atomstrategie Strauß nicht ganz geheuer. Als der im Sommer 1962 einen Plan ausarbeiten lässt, der die Möglichkeit eines atomaren Erstschlags („preemptive strike“) gegen den Ostblock prüft, reicht es Adenauer. Er begibt sich zu Bundespräsi-



DPA (O.): ULLSTEIN BILDBEDIENST (U.)



Freund und Feind sind sich einig, dass der stiernackige Strauß nicht in jeder Situation Herr der Lage und seiner Gefühle ist.

dent Heinrich Lübke und eröffnet ihm, er werde den Verteidigungsminister entlassen, denn der plane einen atomaren Angriffskrieg.

Aus der Entlassung wird nichts, Strauß und Adenauer stecken zurück, die Parteichristen vertragen sich wieder. Strauß verfolgt weiter sein Ziel, Adenauer als Kanzler zu beerben. Mit drei CDU-Konkurrenten muss er sich herumschlagen: Ludwig Erhard, populärer Wirtschaftsminister; Gerhard Schröder, erfolgreicher Außenminister; Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier, ein evangelischer Theologe, der im Urlaub in Afrika Elefanten totschießt. Aber allen ist der 47-Jährige an Dynamik, Intelligenz und Charisma überlegen.

Freund und Feind sind sich jedoch einig, dass der stiernackige Strauß nicht in jeder Situation Herr der Lage und seiner Gefühle ist. Nach einer wilden Rede des aggressiven Populisten im deutschen Bundestag bringt der schwäbische Altliberale Reinhold Maier die Bedenken auf den Punkt: „Wer so spricht, der schießt auch.“

Die SPIEGEL-Redaktion, voran Herausgeber Augstein (er war im Krieg Leutnant der Artillerie, Träger des Eisernen Kreuzes und des Silbernen Verwundeten-

abzeichens) ist seit 1957 fest entschlossen, diesen bayerischen Haudrauf als Bundeskanzler zu verhindern. 1961, im dritten SPIEGEL-Titel über Strauß, schreibt Augstein: „Ob die CDU oder die SPD künftig Wahlen gewinnen wird, ist nicht mehr so von Belang. Wichtig erscheint allein, ob Franz Josef Strauß ein Stück weiter auf jenes Amt zumarschieren kann, das er ohne Krieg und Umsturz schwerlich wieder verlassen müsste.“

Strauß revanchiert sich. Er nennt das Blatt „zersetzend“, „am blanken Nichts orientiert“, „getrieben von rücksichtslosem Vernichtungswillen“. Bei allen möglichen Gelegenheiten zeigt er seine Widersacher an – Petitesse, verglichen mit der Chance, die sich nun auf einmal bietet: Landesverrat. Ein Justizhammer, groß genug, um dieses Hamburger Magazin ein für alle Mal platt zu machen.

Seit langem schon hatte der SPIEGEL seine große Geschichte über den Zustand der von Strauß kommandierten Bundeswehr geplant. Der Bruder des Herausgebers, der Rechtsanwalt Josef Augstein aus Hannover, hatte der Redaktion im Frühjahr 1962 über einen Mittelsmann einen interessanten Gesprächspartner zuge-

* Am Frankfurter Flughafen nach der Rückkehr aus Spanien am 28. Oktober 1962.



SPIEGEL-Mitarbeiter während der Besetzung der Redaktion

F. MÜLLER/MAY

führt – den Bundeswehr-Oberst Alfred Martin, Jahrgang 1915, Leiter des Führungsreferats im Führungsstab des Heeres. Der hohe Offizier kannte die Verteidigungs- und Streitkräfteplanung auch der Nato aus dem Effeff.

Martin gehörte zu jenen Offizieren in der Bonner Ermekel-Kaserne, die den Atomschlag-Phantastereien ihres obersten Dienstherrn äußerst kritisch gegenüberstanden und der deshalb „in großen Gewissenskonflikten lebte“ (Josef Augstein). Er traf sich mehrfach zu Gesprächen mit SPIEGEL-Redakteuren. Die recherchierten natürlich auch bei anderen Fachleuten. Einer war Helmut Schmidt, damals Wehr- und Innensenator in

Hamburg. Im Zweiten Weltkrieg hatte Schmidt bei der Wehrmacht als Oberleutnant gedient.

In ihrer Aufklärungswut stempelten die Fahnder Schmidt später zum Mitverräter – und belegten diese These auf abenteuerliche Weise. Ein Bonner SPIEGEL-Redakteur habe sich im Januar 1956 zweimal mit Schmidt „zur Erlangung von Informationen“ getroffen und dabei Spesen gemacht: einmal 4,18 Mark, das andere Mal 6,60 Mark. Außerdem habe ein anderer Korrespondent im April 1958 zweimal „mit Schmidt Ferngespräche geführt“.

Ende März 1962 schrieb Herausgeber Augstein einen Brief an den SPD-Bundestagsabgeordneten Gustav Heinemann, der

die von Adenauer eingeleitete Wiederbewaffnung Deutschlands strikt abgelehnt hatte. Augstein teilte ihm „streng persönlich und vertraulich“ mit, er habe militärische Interna erfahren, „die der über großen Mehrheit des Parlaments völlig unglaublich und geradezu haarsträubend erscheinen werden“. Der SPIEGEL-Chef bat Heinemann „sehr herzlich, auch nicht in Andeutungen darauf anzuspielen“.

Als schließlich die Ergebnisse des Nato-Herbstmanövers „Fallex 62“ vorliegen, fasst der stellvertretende Chefredakteur



Kundgebung in Hamburg

Staatsfeind Presse Chronik der SPIEGEL-Affäre

8. Oktober 1962 Der SPIEGEL-Titel „Bedingt abwehrbereit“ über das Nato-Herbstmanöver („Fallex 62“) und die umstrittene Atomstrategie wird ausgeliefert.

8. Oktober, nachmittags Bei der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe entsteht der Verdacht, der SPIEGEL habe Staatsgeheimnisse publiziert und damit Landesverrat begangen.

10. Oktober Oberregierungsrat Heinrich Wunder aus dem Bonner Verteidigungsministerium beginnt ein geheimes Gutachten zu formulieren: Er findet nach und nach im „Fallex“-Titel 41 Staatsgeheimnisse, deren Publikation jeweils Landesverrat bedeute.

15. Oktober Bundesverteidigungsminister Strauß kehrt aus dem Urlaub zurück. Er forciert, obwohl nicht zuständig, die Strafverfolgung.

18. Oktober Bundeskanzler Konrad Adenauer sichert Strauß volle Rückendeckung zu.

22. Oktober Die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe, zuständig für Landesverrat, trifft Vorbereitungen für einen machtvollen Schlag gegen den SPIEGEL: Observation durch den MAD, strengste Geheimhaltung.

23./24. Oktober Erster Staatsanwalt Siegfried Buback, die Kriminalpolizisten der Sicherungsgruppe Bonn sowie MAD-Leute quartieren sich konspirativ in Hamburg ein. Die Telefonleitungen des SPIEGEL werden illegal abgehört.

26. Oktober, 21 Uhr Im Handstreich besetzen die Beamten der Sicherungsgruppe Bonn die SPIEGEL-Räume im Hamburger Pressehaus. Ihre Ziele: beschlagnahmen, räumen, versiegeln, Verdächtige verhaften.

26. Oktober, 21.30 Uhr Der erste „Zugriff“ misslingt. Einsatzleiter Buback alarmiert zur Verstärkung drei Überfallkommandos und 20 Kripobeamte der Hamburger Polizei. Heftige Wortwechsel zwischen allen Beteiligten.

26. Oktober, nachts Die Wohnungen von fünf SPIEGEL-Redakteuren in Hamburg und Bonn werden durchsucht. Johannes K. Engel und Claus Jacobi, die beiden Chefredakteure, sind festgenommen. Das Bonner Büro wird durchsucht, sein Leiter festgenommen. Die Fahndung nach Herausgeber Rudolf Augstein bleibt erfolglos, obwohl der ganz friedlich in seiner Hamburger Zweitwohnung sitzt.

26. Oktober, nachts Strauß organisiert die – illegale – Verhaftung von Conrad Ahlers, dem Autor der „Fallex“-Titelgeschichte, und dessen Frau in ihrem spanischen Urlaubsort.

27. Oktober Die gesamte SPIEGEL-Redaktion ist von der Polizei besetzt. Mittags stellt sich Rudolf Augstein und wird verhaftet.

28. Oktober Die öffentliche Meinung wendet sich gegen Strauß und die Besetzer; erste Proteste.



DER SPIEGEL

Haftanweisung, Häftling Augstein (M.): Mit aller Macht aufgeführte Staatsaktion

und Militärexperte Conrad Ahlers die Recherchen zusammen. SPD-Experte Schmidt liest, auf Bitten von Ahlers, das Manuskript quer, macht ein paar Anmerkungen. Hier hinterfragt er den Wahrheitsgehalt einer Behauptung, dort empfiehlt er eine weichere Formulierung. Auch sei ihm „das Bedenken aufgetreten, dass der eine oder andere Punkt geheim sein könnte“. Der Senator rät deshalb, „dass der ganze Artikel unter diesem Gesichtspunkt geprüft werden“ müsse.

Kann ja nicht schaden. Um weitere Sicherheit zu erlangen, kommt Autor Ahlers auf die Idee, 13 Punkte der geplanten Titelgeschichte von einer umstrittenen, eigentlich aber kompetenten Behörde auf mögliche Verletzungen des Geheimschutzes überprüfen zu lassen – dem BND.

* Beim polizeilich überwachten Gang zur Toilette.



ULRICH MACK

Dessen Präsident Reinhard Gehlen hatte, im Auftrag seines Führers Adolf Hitler, während des Kriegs die nachrichtendienstliche Abteilung „Fremde Heere Ost“ geleitet. Danach baute er die „Organisation Gehlen“ auf, alimentiert von den Vereinigten Staaten. Und nun stand er dem Bundesnachrichtendienst vor, seine formalen Vorgesetzten saßen in Adenauers Kanzleramt.

Verteidigungsminister Strauß bewunderte Gehlen. Alle paar Wochen pflegte er Kontakt mit dem vermeintlichen Russland-Kenner, der kein Wort Russisch sprach.

Dass Gehlen in seinen weltpolitischen Prognosen gewöhnlich falsch lag und er im eigenen Land ständig Feinde und Verräter ortete – Strauß, der ja auch Verschwörungstheorien liebte, störte das nicht.

Kanzler Adenauer ordnete den Oberstolonjow völlig anders ein. „Dieser Herr Jehlen“, klagte er in rheinischem Singsang, „dieser Herr Jehlen. Ich weiß nicht ...“ Ohne weiteres Wort war klar, was er von diesem Behördenchef hielt.

Gehlens Mann in Hamburg war der als Kaufmann getarnte Oberst Adolf Wicht. Dem gab der SPIEGEL seine 13-Punkte-

29. Oktober Sondersitzung des Bundeskabinetts zur SPIEGEL-Besetzung. Hamburger Verlage helfen der Redaktion mit Räumen und Arbeitsgerät aus.

31. Oktober Ermittlungsrichter Wolfgang Buddenberg hat bis Ende des Monats insgesamt sechs Verdächtige inhaftieren lassen. Protestdemonstrationen in Berlin, Hamburg, Hannover, Braunschweig.

2. November Kabinettskrise in Bonn: Die FDP droht mit dem Rücktritt aller ihrer Minister. Strauß erklärt der Öffentlichkeit wahrheitswidrig: „Ich habe mit der Sache nichts zu tun. Im wahren Sinne des Wortes nichts zu tun.“

6. November Hamburgs Innensenator Helmut Schmidt nennt die SPIEGEL-Aktion eine „zweifelhafte Angelegenheit“. Gegen ihn wird später wegen Beihilfe zum Landesverrat ermittelt.

7. November Erste Fragestunde im Bundestag zur SPIEGEL-Affäre. Die Regierung mauert, Strauß schweigt.

9. November Bundestagsdebatte: Strauß muss zugeben, dass er selbst an der Verhaftung von Ahlers mitgewirkt hat – illegal. Das Parlament sieht sich belogen.

12. November Adenauer will den BND-Chef General Gehlen verhaften lassen, wegen des vermuteten Verrats der Aktionsplanung.

19. November Alle fünf FDP-Minister treten zurück. Adenauer ist in Schwierigkeiten. Strauß will Verteidigungsminister bleiben.

26. November Vier Wochen nach der Besetzung werden die letzten SPIEGEL-Redaktionsräume wieder freigegeben. Tausende Dokumente bleiben konfisziert; Augstein, Ahlers und drei weitere Personen sind weiter in Haft.



Strauß (l.), Adenauer im Bundestag

14. Dezember Adenauer bildet ein neues Kabinett, Strauß gehört ihm nicht mehr an. Der Kanzler hat zuvor versprochen, im Herbst 1963 zurückzutreten.

19. Dezember Großer Zapfenstreich für Franz Josef Strauß. Adenauer tröstet: „Bittere Stunden formen den Mann.“

7. Februar 1963 Nach 103 Tagen Haft wird Augstein aus dem Gefängnis entlassen. Er hat am längsten gegessen.

13. Mai 1965 Der 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofs lehnt die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen Augstein und Ahlers ab. Sie werden außer Verfolgung gesetzt.

2. Juni Die Bonner Staatsanwaltschaft stellt fest, dass Strauß sich während der SPIEGEL-Affäre der Amtsnaßmaßung und der Freiheitsberaubung schuldig gemacht, sich jedoch in einem „Verbotsirrtum“ befunden habe und deshalb straffrei ausgeht.

23. Dezember Ein drittes, unabhängiges Militärgutachten stellt fest, dass die „Fallex 62“-Titelgeschichte keine Staatsgeheimnisse enthalten habe und deshalb kein Landesverrat vorliege.



Liste zur fachlichen Prüfung. Und weil denen, die das Magazin verfolgten, irgendwann alles verdächtig vorkam, geriet auch Wicht als mutmaßlicher Landesverräter ins Visier der Fahnder.

Bei den Ermittlungen stellte sich heraus: Wicht hatte die Liste der Redakteure an die Pullacher Zentrale geschickt. Dort machten sich BND-Militärexperten über die 13 SPIEGEL-Fragen her, 2 Punkte stuften sie unter dem Aspekt der Geheimhaltung als kritisch ein. Die Redaktion beherzigte die Hinweise.

Die Titelgeschichte „Bedingt abwehrbereit“ wird am 8. Oktober 1962 ausgeliefert. Es geht, auf 17 Seiten und in einer Auflage von 500 000 Exemplaren, um fehlende Offiziers- und Unteroffiziersstellen, um die künftige Mannstärke der Armee, um taktische und strategische Überlegungen wie einen Angriff der Nato-Verbände und der Bundeswehr („als Stahlspitze“) gegen ein blockiertes West-Berlin.

Und es geht um die Ergebnisse des Manövers „Fallex 62“, das auch die Notstandsplanung für die Bevölkerung auf den Prüfstand gestellt hatte – mit katastrophalem Ergebnis. Die Vorbereitungen auf den Ernstfall, so hohe Nato-Kreise in Paris, seien „völlig unzureichend“ gewesen. Den CSU-Bundesinnenminister Hermann Höcherl zitieren die Autoren mit den Worten: „Unter den gegenwärtigen Umständen hat fast keiner eine Chance“ (siehe Kasten Seite 66).

Öffentliche Reaktionen – gleich null. Kein Dementi, keine Debatte. Später fand es die „New York Times“ ziemlich seltsam, „dass sich niemand angesichts des SPIEGEL-Berichts Sorgen zu machen schien, obwohl dort erklärt worden war, dass die Bundeswehr in schlechtem Zustand sei und unter einem kommunistischen Angriff schnell zusammenbrechen würde“.

Der Pressesprecher von Verteidigungsminister Strauß, Oberst Gerd Schmückle, findet den Titel zwar „nicht aufregend“, dennoch fliegt er direkt am Montag zu seinem Chef, der Ferien macht in seinem Häuschen an der Côte d'Azur. Schmückle empfiehlt die Lektüre. Strauß, ungehalten: „Ich werde einen Teufel tun. Ich bin im Urlaub. Nehmen Sie Ihren SPIEGEL, und gehen Sie heim.“ Schmückle fliegt zurück.

Auch der Chef des Militärischen Abschirmdienstes (MAD), Gerhard Wessel, kann sich über die Geschichte nicht empören. Seine Entscheidung: nichts machen, gar nichts.

Eigentlich ist dies für den SPIEGEL kein angenehmes Echo. Er macht gern auf sich aufmerksam. Einen seiner Leser aber hat



Demonstranten in Hamburg*: Die Leute, die Leser, die Beobachter, machten nicht mehr mit

das Blatt doch in Bewegung gesetzt: Friedrich August von der Heydte, Oberst der Reserve, NSDAP-Mann seit 1933, Fallschirmjäger im Zweiten Weltkrieg, Träger des Ritterkreuzes samt Eichenlaub und der Silbernen Nahkampfspange.

Von der Heydte ist Ordinarius für Völkerrecht und Staatsrecht an der Uni in Würzburg, deutscher Statthalter des Ritterordens vom Heiligen Grabe, Mitbegründer der reaktionären Organisation „Rettet die Freiheit“ und last but not least Verbindungsmann der CSU zur HIAG, der Vereinigung ehemaliger Waffen-SS-Angehöriger. Seinen Memoiren wird er den Titel geben: „Muss ich sterben, will ich fallen“.

Aber erst einmal will von der Heydte den SPIEGEL fallen sehen. Er hat am 1. Oktober bei der Bundesanwaltschaft wegen diverser Artikel gegen Augstein und gegen „einen mir namentlich unbekanntem Informanten dieses Nachrichten-Magazins“ Strafanzeige erstattet. Falls der nicht nachgegangen werde, droht der Jurist, werde „künftighin jeder Landesverräter in einer Verfassungsbeschwerde eine Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes geltend machen können“.

Am 11. Oktober, nach „Bedingt abwehrbereit“, ergänzt von der Heydte die Anzeige und erläutert Deutschlands höchsten Staatsanwälten, der SPIEGEL habe gleich siebenfach „neuerdings Staatsgeheimnisse und militärische Geheimnisse“ verraten. Vor allem ärgert den Freiherrn die Bemerkung der Autoren, im Kriegsfall werde Hamburg kampfflos preisgegeben – für Kundige ein alter Hut.

* Vor dem Untersuchungsgefängnis, in dem Augstein inhaftiert ist, am 31. Oktober 1962.

Das Ermittlungsverfahren gegen den SPIEGEL beginnt, was die Aktenführung beim Generalbundesanwalt angeht, mit der Strafanzeige von der Heydtes. Sie trägt die Seitenzahl 1; ihr folgen mehrere tausend Blatt. Dass von der Heydte vorn steht, sagt jedoch wenig über den wahren Verlauf. Denn auch die Bundesanwaltschaft selbst wird in Sachen SPIEGEL-Titel tätig, von Amts wegen.

Und dass aus erstem Interesse und gemächlichem Abwägen nach wenigen Tagen ein Wirbelsturm rasender Staatsschützer aufsteigt, ist das Ergebnis von politischem Druck und ideologischem Verfolgungseifer.

Strauß bewunderte BND-Chef Gehlen. Er pflegte Kontakt mit dem vermeintlichen Russland-Kenner, der kein Wort Russisch sprach.

Am 8. Oktober sitzt Bundesanwalt Kuhn als Anklagevertreter in einem Mordprozess. In einer Sitzungspause meldet ihm ein Mitarbeiter, im SPIEGEL sei ein „fundierter militärischer Artikel“ erschienen. Kuhn ist unschlüssig. Was nun geheim sei oder nicht, könne er nicht beurteilen – ihm fehlt das Hintergrundwissen.

Einer von Kuhns Kollegen, Staatsanwalt Buback, ruft beim Amt für Sicherheit der Bundeswehr (ASBw) an und erbittet eine Stellungnahme. Das ASBw verweist an die Strafrechtsabteilung des Verteidigungsministeriums. Dort sitzt, erst seit ein paar Monaten, der Oberregierungsrat Heinrich Wunder. Er ist aus Karlsruhe gekommen, von der Bundesanwaltschaft. Jetzt soll er

auf Weisung seines Referatsleiters „Gutachten bearbeiten“.

Wunder ist Jurist und hat von den Geheimnissen der Kriegskunst keine Ahnung. Ein Gutachten zu militärischen Fragen hat er noch nie erstellt. So führt ihm nun bald ein Oberst die Feder, der seinem Minister Strauß treu ergeben ist.

Das Verteidigungsministerium rüstet zum Angriff. Wie fix das geht, zeigt eine Begebenheit am Tag nach Erscheinen der SPIEGEL-Titelgeschichte. Herausgeber Augstein trifft eher zufällig bei einem Mittagessen im Hamburger Hotel Vier Jahreszeiten mit Senator Schmidt zusammen.

Schmidt zu Augstein: Bei der „Fallex“-Geschichte, da sei der SPIEGEL „ja ganz tüchtig rangegangen“. Die Bundeswehr-Obersten in der Ermekeil-Kaserne seien der Ansicht, der Artikel offenbare „eine Menge Staatsgeheimnisse“, dies habe ihm Staatssekretär Hopf heute am Telefon erzählt. Die Strauß-Leute, poltert Schmidt, würden „immer verrückter“.

Die Hamburger Journalisten wissen somit ganz früh, dass etwas gegen sie läuft. Auch in den Telefonleitungen knackt es auffällig oft, und kein Techniker kann die Störung finden. Nur ist den Redakteuren deshalb nicht bange, niemand rechnet mit einem Zugriff der Staatsmacht.

Immerhin glaubt Augstein nach dem Gespräch im Vier Jahreszeiten zu wissen, was gegen ihn und seine Leute vorliegen könnte – Verdacht auf Landesverrat.

Der Mann, der Druck aufbaut, hat zwar gerade seinen Presseoffizier aus seinem französischen Urlaubsort unwirsch nach Hause geschickt. Doch natürlich weiß der Verteidigungsminister genau, was er von dem Artikel „Bedingt abwehrbereit“ zu hal-

ten hat. In einem geheimen Schreiben vom 12. Oktober beschwert sich Strauß bei Kanzler Adenauer, der SPIEGEL habe „in raffinierter Vermengung richtige Details mit falschen Behauptungen“ veröffentlicht. Dieser „publizistische Terror“, dröhnt der Minister, sei genauso kriminell wie der gewaltsame. Auch ohne umständliche Gutachten liege doch auf der Hand, dass es sich um „einen ungeheuerlichen Verrat brisanter militärischer Geheimnisse“ handle.

Es geht in der SPIEGEL-Affäre, die jetzt ins Rollen kommt, nicht um irgendein Verbrechen, um gewöhnliche Kriminalität, so etwas wie Mord und Totschlag. Es geht um Landesverrat, und das ist ein beladenes Wort. Der dazugehörige Strafparagraf wurde in der Vergangenheit schon häufiger zielgerichtet eingesetzt, um politische Gegner zu denunzieren, mundtot zu machen oder aus dem Verkehr zu ziehen.

Besonders misslich für die Betroffenen: Die Justiz konnte beinahe beliebig darüber befinden, ob Landesverrat denn auch wirklich stattgefunden hatte. Die einschlägigen

Müheles konnte man auch zum Landesverräter werden, wenn man nicht geheime Nachrichten zu einem Bild zusammenfügte oder in ein anderes Licht rückte. Das nannte man die „Mosaiktheorie“. Für ein ordentliches Mosaik konnte man auch 15 Jahre ins Zuchthaus einfahren.

Journalisten bewegen sich da schon von Berufs wegen manchmal in einer Grauzone. Wer die freiheitlich-demokratische Grundordnung ernst nimmt, kann jedoch auch in den etwas trüben Gewässern der Wirklichkeit müheles unterscheiden zwischen dem Spion, der fremden Mächten

vielleicht die Betriebsschließung, Gerichtsurteile.

Strauß macht sich innerhalb weniger Tage zum heimlichen Herrn des Verfahrens. In einem Restaurant kann er – für andere Gäste gut zu hören – vor zwei Bekannten und seiner Frau Marianne den Jubel kaum noch unterdrücken. Bald, prophezeit er, werde mit dem SPIEGEL „was passieren“. Er zieht, obwohl gar nicht zuständig, die Fäden, die Chefetage seines Ministeriums vibriert. Alle müssen den Gutachter Wunder, der den angeblichen Landesverrat dingfest machen soll, unterstützen.

Hintermänner der SPIEGEL-Affäre



Von der Heydte



Buback



Hopf



BND-Chef Gehlen (1958): „Dieser Herr Jehlen, ich weiß nich ...“

Passagen des deutschen Strafgesetzbuchs gehörten einst zu den Vorschriften, an denen sich der Rechtsstaat erproben ließ. Nachdem er sie studiert hatte und die Kommentare dazu, sah sich der Denker Karl Jaspers herausgefordert: „Sie erschienen mir begrifflich von einer bei Juristen fast unglaublichen Unklarheit. Der Kommentar redete hin und her. Mir war zu Mute, als würde eine trübe Flüssigkeit umgerührt und dabei um nichts klarer.“

Landesverrat, so lautet die damals gültige Bestimmung, „begeht, wer vorsätzlich ein Staatsgeheimnis an einen Unbefugten gelangen lässt oder es öffentlich bekannt macht und dadurch das Wohl der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder gefährdet“. Ein Staatsgeheimnis kann alles Mögliche sein, nämlich „Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse, insbesondere Schriften, Zeichnungen, Modelle oder Formeln oder Nachrichten“.

dient, und dem Journalisten, der sich ein kritisches Wort zur Militärpolitik erlaubt und mit Fakten belegt.

„Der Journalist“, hat immerhin Max Güde erkannt, der frühere Generalbundesanwalt, „ist ja nicht der Typus des Landesverrätters.“ Bei dem gehe es weniger darum, ob er tatsächlich Geheimnisse verraten habe und ob diese Geheimnisse auch zu Recht geheim seien, „es kommt auch darauf an, in welcher Absicht der betreffende Mann sie sich beschafft hat“.

Die Beweggründe der SPIEGEL-Verantwortlichen zu erforschen kommt 1962 niemandem in den Sinn – weder den Polizisten noch den Staatsanwälten, den drängenden Politikern schon überhaupt nicht.

Für den Verteidigungsminister eröffnen sich die schönsten Perspektiven: endlich Polizei gegen seine Feinde in Hamburg, Beschlagnahmungen, Verhaftungen,

Der Strafparagraf des Landesverrats wurde in der Vergangenheit häufiger eingesetzt, um politische Gegner mundtot zu machen.

Und Wunder arbeitet so fix, wie von ihm verlangt. Das Papier ist schon am 18. Oktober fertig. Es listet 41 Staatsgeheimnisse auf, zu denen auch die Erwähnung der Namen zweier Männer gehört, die während der „Fallex“-Übung nur schauspielerten – sie mimten den Verteidigungsminister und den Oberbefehlshaber der Bundeswehr.

Wunder und sein Spiritus Rector belegen selbst ein notorisches Faktum innerdeutscher Politik mit dem Geheimbann – Meinungsverschiedenheiten zwischen auswärtigem Amt und Verteidigungsministerium über militärpolitische Fragen. Als Augstein später damit konfrontiert wird, will er es kaum glauben. Solche Maßstäbe, fürchtet er, bedeuteten „das Ende jeglicher Pressefreiheit und der Demokratie“.

Am selben Tag spricht Strauß beim Kanzler vor. Der Alte zieht mit. Adenauer ermächtigt Strauß zu energischem Vorgehen, „ohne Ansehen von Namen und Person“. Wahrscheinlich ist auch, dass Adenauer sich bei dieser Gelegenheit damit einverstanden erklärt, seinen Justizminister, den FDP-Politiker Stammlinger, in der SPIEGEL-Causa auszuschalten. Der ist immerhin oberster Aufseher über die Bundesanwaltschaft und muss bei Verfahren von besonderer Bedeutung ständig unterrichtet werden.

Adenauer versichert Strauß später auch, mit der „vollen Autorität“ seines Amtes hinter allen Maßnahmen zu stehen, „die zur Strafverfolgung der Beschuldigten und zur Aufdeckung des Sachverhalts notwendig sind“. Denn Augstein habe ganz fies aus verlegerischer Habgier gehandelt. Er verdiene „am Landesverrat, und das finde ich einfach gemein“. Strauß hält Adenauer fortan auf dem Laufenden.

Fast zeitgleich werden die Karlsruher Strafverfolger auf die Generaloffensive eingestimmt. Es ist Samstag, der 20. Oktober. Der amtierende Bearbeiter aller politischen Verfahren, Bundesanwalt Walter Wagner, sitzt in seinem Dienstzimmer und freut sich aufs Wochenende. Den Artikel „Bedingt abwehrbereit“, der bereits

ihm dienstlich nichts zu sagen hat), ob der Verteidigungsstaatssekretär in einem strafrechtlichen Einschreiten der Bundesanwaltschaft das alleinige Mittel sehe, „um der Preisgabe von Staatsgeheimnissen durch die Presse überhaupt und den SPIEGEL insbesondere entgegenzutreten“.

Hopf, erinnert sich Wagner, habe „mit einem uneingeschränkten Ja“ geantwortet. Jetzt haben Strauß und seine Leute ihr erstes Ziel erreicht, Wagner spielt mit.

Die verschworenen Verfolger wollen nichts riskieren, nur ideologisch gefestigte Helfer werden eingeweiht. Draußen bleiben nicht nur der Justizminister und der Bundesnachrichtendienst, sondern auch der Verfassungsschutz. Willkommen ist dagegen der Bundeswehr-Geheimdienst

dessen Vollziehung „auch zur Nachtzeit zulässig“ ist, öffnet Buddenberg ein ganz weites Feld. Alles, aber auch alles kann demnach durchsucht und beschlagnahmt werden, ohne Einschränkung.

Beim MAD wird indessen stabsmäßig geplant. Um die vereinbarte Geheimhaltung zu gewährleisten, deklarieren die Nachrichtendienstler des Verteidigungsministeriums den Einsatz als „Gefechts-

Die verschworenen Verfolger riskieren nichts, nur ideologisch gefestigte Helfer werden eingeweiht – der Justizminister gehört nicht dazu.



Krisengespräch der Bonner FDP*: Auf das Peinlichste düpiert

einige seiner Kollegen beschäftigt, kennt er nicht.

Bei Wagner finden sich ein: Strauß-Staatssekretär Hopf, ausgestattet mit allen Vollmachten seines Chefs, Gutachter Wunder und Wagner-Kollege Kuhn, der nur wenige Büros weiter arbeitet. Sie präsentieren die SPIEGEL-Geschichte und die Expertise.

Hopf: „Der Herr Bundeskanzler ist äußerst besorgt und hat sich für ein nachdrückliches Einschreiten ausgesprochen.“ Das stimmt.

Hopf weiter: Die Amerikaner hätten sich „äußerst bestürzt und ungehalten geäußert und angedroht, Nato-Geheimnisse in Zukunft der Bundesrepublik nicht mehr zur Verfügung zu stellen“. Das stimmt nicht.

Schnellleser Wagner erkennt alsbald, dass für Landesverrat „erhebliche Argumente“ sprächen. Also fragt er Hopf (der

MAD. Der zuständige General Josef Selmayr verspricht, alle drei in Schleswig-Holstein operierenden MAD-Trupps für die Attacke bereitzustellen.

Die Bundeswehr-Geheimen sollen observieren, vor allem die Hauptverdächtigen Augstein und Ahlers. Auch „technische Hilfe“ wird vereinbart.

Technische Hilfe? Vielleicht die – illegale – Schaltung von Telefonüberwachungen? Bis heute freilich gibt es keinen Beleg dafür, dass Straußens Schlapphüte in irgendwelchen Leitungen steckten.

Die Anträge auf Haftbefehl und Durchsuchung in Sachen Augstein tippt Staatsanwalt Buback am 23. Oktober selbst auf seiner kleinen Schreibmaschine, weder Geschäftsstelle noch Kanzlei werden eingeweiht. Alles geheim, streng geheim.

Noch am selben Tag erlässt der Ermittlungsrichter Wolfgang Buddenberg, Mitglied der NSDAP seit 1937, antragsgemäß den Haftbefehl: Flucht- und Verdunkelungsgefahr! Beim Durchsuchungsbeschluss,

übung“. Sie trägt den Tarnnamen „Sabotage“.

Fünf Observationsteams stehen schließlich bereit. „Einstein“ soll auf Augstein angesetzt werden, „Zweifel“, „Dreifuß“, „Viertakt“ und „Fünfkampf“ auf leitende Redakteure. Die SPIEGEL-Zentrale ist jetzt „Hans“, das Bonner Büro „Gretel“. Die Jäger geben ihren Opfern Tarnnamen aus der Insektenwelt. Autor Ahlers heißt „Fliege“, Co-Autor Hans Schmelz „Wespe“. Augstein ist „Libelle“.

Für die Männer der Bonner Sicherungsgruppe des Bundeskriminalamts ist die Fahrt nach Hamburg kurzweilig. Weil sie den Artikel, um den sich alles dreht, gar nicht kennen, liest ihn Kriminalobermeister Boeden vor – laut und deutlich.

In Hamburg passiert eine kleine Panne. Das Kurierflugzeug, das Haftbefehle und Durchsuchungsbeschlüsse bringen soll, kann wegen schlechten Wetters in Fuhlsbüttel nicht landen. Ein Dienstwagen liefert nach. Und die Observanten irren umher. Bundesanwalt Wagner hatte ausdrücklich angeordnet, bei Augstein und Ahlers erst dann zuzugreifen, wenn ihre „Anwesenheit am Wohnort festgestellt ist“. Kollege Buback, mittlerweile auch in Hamburg, wird nervös. Alle Kräfte seien „mit den Erkundungen bis an die Grenze des Möglichen“ gegangen – Augstein und Ahlers bleiben Phantome.

Kein Wunder. Ahlers ist mit seiner Frau in Urlaub gefahren, nach Spanien. Augstein lebt seit einiger Zeit schon nicht mehr in seiner Villa, sondern in einer Zweitwohnung.

Der Zugriff auf einen produzierenden Pressebetrieb, heimisch in einer liberalen Hansestadt, mit Hunderten Mitarbeitern, Hunderttausenden Archivalien,

* Parteivorsitzender Erich Mende (M.) mit Fraktionsmitgliedern nach dem Bruch der Koalition; neben ihm Hans-Dietrich Genscher (3. v. l.).



Verabschiedung von Verteidigungsminister Strauß (3. v. l.): Irreparabler Karriereknick

Millionen Lesern und dann auch noch die bevorstehende Festnahme des prominentesten Regierungskritikers Augstein und eines halben Dutzend bisher unbescholtener Redakteure – das ist selbst für den robusten Staatsschützer Buback eine Nummer zu groß. Er knickt ein. Die eigentlich geplante sofortige Räumung und Betriebsstilllegung wird aufgehoben. Nun dürfe doch, gesteht er zu, die kommende Ausgabe des Nachrichten-Magazins in dieser Freitagnacht druckfertig gemacht werden – unter seiner Aufsicht.

Die Bedingung, die Buback nach Rücksprache mit dem Lagezentrum in Bonn stellt, ist zweifelsfrei verfassungswidrig: Er ordnet an, dass die „Druckfahnen vollständig vorzulegen“ sind, und überbringt sie Ermittlungsrichter Buddenberg, der ebenfalls nach Hamburg gereist ist. Buddenberg liest, Zeile für Zeile, und gibt den Text dann erst zum Druck frei. Er habe, sagt die Regierung später, das Nachrichten-Magazin „vor weiteren Straftaten bewahren“ wollen. So etwas heißt „Vorzensur“, und die ist vom Grundgesetz verboten.

Während im Hamburger Pressehaus die Staatsmacht Stockwerk für Stockwerk erobert, die Telefonzentrale stilllegt, Toiletten und Besenkammern versiegelt, Archivräume staunend in Augenschein nimmt, hinter jedem Redakteur ein Polizist Wache steht, herrscht draußen, in einer regnerischen Nacht, Bewegung.

Bei den Hausdurchsuchungen, im ersten Anlauf vier, stolpern die Beamten bei Chefredakteur Claus Jacobi in die Garage, es ist ja so dunkel. Dann heben sie die schlafenden Kinder aus den Betten und inspizieren deren Matratzen, man weiß ja nie. Bei Chefredakteur Johannes K. Engel

beschlagnahmen die ungebetenen nächtlichen Gäste unter anderem private Post. Im Haus des abwesenden „Fallex“-Autors Ahlers wird eine gehbehinderte Tante in den Keller getragen. Sie soll Zeuge der Durchsuchung sein.

Im Büro des Verlegers Augstein staunen die Staatsschützer über die vielen Bücher und stöbern vergebens nach deren Leser. Augstein sitzt ganz friedlich beim Abendessen. Gegen 21.30 Uhr ruft sein Bruder an, der Rechtsanwalt Josef Augstein: „Stimmt es, dass Kriminalpolizei im SPIEGEL ist?“

Rudolf Augstein hält „dies für unmöglich“. Er versucht, seinen Verlag zu errei-

Der Ermittlungsrichter liest die SPIEGEL-Druckfahnen und gibt den Text frei. Das heißt „Vorzensur“ und ist vom Grundgesetz verboten.

chen – ohne Erfolg. Die Telefonzentrale ist in der Hand der Besetzer.

Minister Strauß, für die SPIEGEL-Aktion nicht zuständig, verbringt diese Nacht in seiner Bonner Ermekeil-Kaserne. Er wird ständig informiert, auch über die Pannen. Kurz nach Mitternacht kann sich Strauß nicht länger beherrschen: Er persönlich organisiert durch Telefonate die Verhaftung von Ahlers in Spanien.

„Hier spricht Bundesverteidigungsminister Strauß“, schüchtert er um 0.45 Uhr den Kanzler der Deutschen Botschaft in Madrid ein. Dann ergeht der „dienstliche Befehl“: sofort den Militärattaché herbeischaffen, Oberst Achim Oster, einen Duz-

* Mit Staatssekretär Volkmar Hopf, Kanzler Konrad Adenauer, Generalinspekteur Friedrich Foertsch.

freund von Strauß – und von Ahlers. Der Minister bellt in den Hörer: „Ich handle in diesem Augenblick auch im Namen des Herrn Bundeskanzlers und des Herrn Außenministers. Haben Sie alles klar verstanden?“ Der Mann hat. Ab jetzt wird der kleine Dienstweg beschritten, „etwas außerhalb der Legalität“, wie CSU-Innenminister Hermann Höcherl, ein besonderes Schlitzohr, das dann nannte.

Adenauer war vom Anruf in Madrid informiert, wie er Jahre später einräumte. Strauß behauptete sogar, der Kanzler habe die Aktion „von mir verlangt“. Wäre diese Information 1962 bekannt geworden, hätte Adenauer wohl sofort zurücktreten müssen.

Als Strauß den Oberst Oster um 1.25 Uhr endlich am Telefon hat, wechselt der Minister vom vertraulichen Du zum

formellen Sie: „Ich komme soeben vom Bundeskanzler ... dienstlicher Befehl ... Ahlers so schnell wie möglich festsetzen ... Augstein ist in Kuba.“

Die deutschen Diplomaten kennen die spanischen Franco-Polizisten. Man spaltet sich. Gegen drei Uhr morgens werden Ahlers und seine Ehefrau im Badeort Torremolinos im Hotelzimmer verhaftet und in Málaga in eine Arrestzelle gesperrt.

Gegen fünf Uhr morgens – Strauß hält immer noch die Wacht am Rhein – meldet Madrid Vollzug. Der Minister geht endlich schlafen. Später mag er sich gewünscht haben, er hätte seinen Tatendrang wenigstens in dieser Nacht gezügelt. Denn aus der Nacht-und-Nebel-Amtshilfe – illegal, erst mit Halbwahrheiten abgedeckt, schließlich im Parlament enttarnt – wird der irreparable Karriereknick: Franz Josef Strauß, das bullige Naturtalent, kann in seinem Leben noch allerlei werden (Bundesfinanzminister 1966 bis 1969, bayerischer Ministerpräsident 1978 bis 1988), nur deutscher Bundeskanzler, das wird er nicht mehr.

„Über die SPIEGEL-Sachen“, erinnerte sich die letzte Freundin des Witwers Strauß nach dessen Tod 1988, „hat er nicht red'n mög'n.“ Beschreiben hat er sie auch nicht wollen, in seinen „Erinnerungen“ (575 Seiten) fehlt so gut wie jeder Hinweis auf Ursachen und Verlauf seiner schwersten Niederlage.

Es war ein politischer Tod auf Raten. „Ich habe mit der Sache nichts zu tun“, behauptet Strauß öffentlich in der ersten Woche nach der SPIEGEL-Besetzung, „im wahrsten Sinne des Wortes nichts zu tun!“ Na ja, vielleicht doch ein bisschen, räumt er sechs Tage später in der Fragestunde des Bundestags zum Thema SPIE-

GEL ein. Er sei „darauf hingewiesen worden, dass diese Angelegenheit im Laufenden sei“. Aber ansonsten: „Mehr wusste ich nicht. Ich wusste nicht, was kommt. Ich wusste nicht, gegen wen es kommt. Und so weiter.“

Auch der Kanzler knickt nicht ein. Einen „Abgrund von Landesverrat“ hätten die Aktionen gegen die Hamburger Journalle aufgedeckt, erklärt Adenauer den Volksvertretern. Wer das sage? „Ich sage das.“

Wolfgang Döring, liberaler Abgeordneter aus Nordrhein-Westfalen, protestiert. Der 43-Jährige gilt als der kommende Mann der FDP. Frontal wendet er sich gegen Adenauer: Er sei „nicht bereit, und das ist keine koalitionspolitische Frage, unwidersprochen hinzunehmen“, dass „Leute verurteilt sind, bevor sie überhaupt jemals einen Gerichtssaal gesehen haben“.

Dann, am dritten Tag der Bonner Parlamentsdebatte zur SPIEGEL-Affäre, in der siebten Stunde, ist Strauß von den SPD-Fragestellern so in die Enge getrieben, dass er erstmals eingesteht: Ja, er habe in der Freitagnacht auch mit dem Militärattaché in Madrid telefoniert „und habe ihm das wiederholt, was vorlag“.

Also doch: Strauß hat Ahlers verhaften lassen. „Die Christdemokraten zuckten bei diesem Bekenntnis zusammen, als wäre ihnen ein Sensenschnitt über die Köpfe gesaut“, erinnert sich Ex-Sprecher Schmückle. Noch vor wenigen Wochen habe das Regierungsschiff ein Bild stolzer Zuversicht geboten. Und nun das: „Schiffbruch“. Die FDP, die eine Gelegenheit sieht, Strauß loszuwerden, springt von Bord.

Als Erster greift Adenauer nach einer tragfähigen Planke: Er sei bereit, ein neues Kabinett zu bilden – ohne den Bayern. Der staunt nicht schlecht. Sollte der listige Alte die ganze Affäre so arrangiert haben, dass am Ende sein flammendster Möchtegern-Nachfolger ruiniert ist? Adenauer kann darauf zählen, dass sein Noch-Minister die Absprachen nicht ausplaudert – denn müsste der Alte nun zurücktreten, käme der angeschlagene Strauß als Kanzler nicht in Frage. Der Bayer braucht Zeit, um seinen Ruf wiederherzustellen.

„Bittere Stunden formen den Mann“, raunt der Alte beim Großen Zapfenstreich für den scheidenden Minister, der einen alten Degen geschenkt bekommt. Im fahlen Licht, erinnert sich Schmückle, „sahen die Gäste aus wie eine Gespenstergesellschaft“. Bayerischer Präsentiermarsch, Helm ab zum Gebet, vorbei.

Die Erleichterung ist ziemlich allgemein. In Deutschlands Nachbarländern wird der Sturz des poltrigen Aufrüsters als ein Sieg der zivilisierteren Deutschen empfunden. In den USA ist die Kennedy-Administration froh, den bayerischen Kritiker los zu sein. In Moskau hofft man auf einen etwas gemüthlicheren Chef der Bundeswehr.

Erleichtert und erstaunt zeigen sich auch die Deutschen. Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik hatte sich während der SPIEGEL-Affäre eine breite kritische Öffentlichkeit gebildet, ein

dahin eine Art Untergrund-Dasein geführt, aber seine Fähigkeit bewahrt hatte zu handeln, als ob die liberale Verfassung nicht existierte“, wie Sebastian Haffner schrieb.

Nach der SPIEGEL-Affäre traute sich der Bürger etwas. Die sechziger Jahre, ein Jahrzehnt voller politischer Überraschungen und Eruptionen, an deren Ende erstmals ein Sozialdemokrat Bundeskanzler wurde, konnten beginnen. „Mehr Demokratie wagen“ – dieses Wort Willy Brandts hatte auch im Aufruhr um eine freche Zeitschrift seine Wurzeln.

Strauß hatte hoch gepokert und schwer verloren. Selbst konservative Zeitgenossen wie der Tübinger Politikologieprofessor Theodor Eschenburg hoben den Zeigefinger: „Wenn in einem parlamentarisch regierten Staat ein Minister dem Parlament auf dessen Fragen keine, falsche, höchst unvollständige oder schuldhaft verspätete Antworten gibt, weil er die Verantwortung scheut, dann ist das ein schweres Vergehen gegen die parlamentarische Ordnung – ein Vergehen, das exemplarisch geahndet werden muss.“

Insgesamt vier Wochen, bis zum 26. November 1962, halten Staatsschützer die SPIEGEL-Redaktion besetzt, dann geben sie auf. Als letzter der insgesamt elf Inhaftierten wird Rudolf Augstein am 7. Februar

1963 aus dem Gefängnis entlassen – nach 103 Tagen.

Gut zwei Jahre später steht die Entscheidung des Bundesgerichtshofs über die 73 Seiten starke Anklageschrift an (die bis vor wenigen Tagen noch „streng geheim“ gestempelt war). Sie listet den Verrat von 14 Staatsgeheimnissen auf und behauptet, deren Veröffentlichung hätte in Deutschland und Westeuropa „die Wirksamkeit der Verteidigungsvorkehrungen schwer gefährdet“ – und alle Angeschuldigten hätten „das Wohl der Bundesrepublik ihrem Kampf gegen die Person und die Verteidigungspolitik des damaligen Ministers“ Strauß untergeordnet.

Der zuständige 3. Strafsenat, die erste und letzte Instanz für Landesverräter, beschließt: „Die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen die Angeschuldigten Ahlers und Augstein wird abgelehnt. Sie werden mangels Beweises außer Verfolgung gesetzt. Die Kosten des Verfahrens werden der Bundeskasse auferlegt.“

HANS HALTER;
GEORG BÖNISCH, PER HINRICHS,
GEORG MASCOLO, DIETMAR PIEPER,
ALEXANDER SZANDAR, KLAUS WIEGREFE



Entlassener Augstein, Mitarbeiterinnen: Der Obrigkeitsstaat dankte ab

buntes Sammelsurium von Professoren, Studenten, Literaten, Gewerkschaften, Publizisten, Kirchenleuten. Überall im Land gab es Demonstrationen und Diskussionen.

Insgesamt machten mehr als 600 Wissenschaftler mit öffentlichen Erklärungen Front gegen Justiz und Regierung, und ein erheblicher Anteil davon war den konservativen Kräften zuzurechnen.

Ungezählt blieben die Beistandsbekundungen von Bürgern, die weder einen bedeutenden Namen noch eine Institution in ihren Protest einbringen konnten, die aufmunternde Briefe schrieben, Rudolf Augstein warme Socken in die Zelle schickten oder SPIEGEL-Titelbilder an die Rückfenster ihrer Autos klebten. Als in Düsseldorf auf der Kö ein Mann festgenommen werden sollte, der ein Plakat mit einem Strauß-Porträt samt Schlachteraxt vor sich hergetragen hatte, beschimpften Passanten die Polizei, und andere ließen die Luft aus den Reifen der Streifenwagen – damals ein unerhörter Vorgang.

So übte man den Widerstand gegen den deutschen Obrigkeitsstaat, der „bis